



SOZIALEDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/106 - 12. Mai 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0806 890

Zu veröffentlichen in dieser Ausgabe:Seiten:Zeilen:

1

Hochmals: Karten auf den Tisch!

40

Verlegene CDU-Strategen

2 - 3

"Ein Stück Revolution in Asien"

93

Zur Lacs-Konferenz in Genf

Von Erwin Erasmus Koch

4

"Mangel an Nationalbewusstsein"

29

Professor Erhard in Lissabon

4

Da kann doch etwas nicht stimmen

5

Urteile...

5

Zünd im Rundfunk Kairo

35

Der Offenburger Studienrat s.D. spricht nicht für Deutschland

6

Urinfälle häufigste Todesursache

51

Die Blutopfer des täglichen Lebens

Von Bruno Küster, Genf

* * *

12. Mai 1961

Nochmals: Karten auf den Tisch!

Verlegene CDU-Strategen

sp- Das Regierungsprogramm der SPD bereitet der CDU Kopfschmerzen. Nach unseren Informationen sind in mehreren Ministerien Beamte angesetzt worden, die im Auftrag der CDU-Wahlkampfleitung den Nachweis führen sollen, dass die sozialdemokratischen Forderungen "utopisch" sind. Mehrere der zu dieser Arbeit angesetzten Beamte haben inzwischen mitgeteilt, die sozialdemokratischen Forderungen seien durchaus realisierbar und es wäre ein Fehler, wollte man durch spitzfindige Berechnungen das Gegenteil zu beweisen versuchen. Herrn von Kassel, dem Wahlkampfleiter der CDU, wurde sogar nahegelegt, die Propagandaschine der Kerzlerpartei solle auf weitere Polemiken gegen das SPD-Regierungsprogramm verzichten.

Den entscheidenden Schlag erhielten die Wahlkampfstrategen der CDU durch die Pressekonferenz des SPD-Mannschaftsmitgliedes Dr. Alex Möller, der am Dienstag dieser Woche klare Berechnungsgrundlagen für die Durchführbarkeit der sozialdemokratischen Forderungen der Öffentlichkeit vorlegte.

Jetzt wird bei der CDU-Wahlkampfleitung überlegt, mit welchen Methoden man die sofort nach Verkündung des Regierungsprogramms der SPD angewandte verfehlte Taktik wieder gutmachen kann. Die seriösen CDU-Politiker meinen, man solle der Bundeskanzler oder den Bundeswirtschaftsminister veranlassen, ebenfalls eine wirtschafts- und finanzpolitisch einwandfreie Rechnung für die Durchführbarkeit der CDU-Wahlversprechungen aufzulegen. Andere CDU-Politiker glauben, dass man am besten fährt, wenn man versucht, die sozialdemokratischen Forderungen totzuschlagen. Entsprechende Unterhaltungen mit CDU-Journalisten haben bereits stattgefunden, so dass es nicht verwundern sollte, wenn in gewissen Zeitungen und Zeitschriften kein Wort mehr über das Regierungsprogramm der SPD erscheint...

Die Sozialdemokratie lässt sich durch diese Überlegungen natürlich nicht stören. Sie hat ihr Regierungsprogramm verkürzt, sie hat dessen Durchführbarkeit durch saubere Finanzierungsvorschläge der Öffentlichkeit zum Kenntnis gebracht und sie wird weiterhin dafür sorgen, dass ihre Vorstellungen von einer fortschrittlichen Politik nicht von der Tagesordnung der grossen politischen Auseinandersetzung verschwinden. Deshalb wiederholt die Sozialdemokratie ihrer Appell an alle anderen Parteien, der Bevölkerung ebenso seriös wie sie selbst, Klarheit über die zukünftige Politik in der Bundesrepublik zu verschaffen.

Also bitte, Karten auf den Tisch!

* * *

"Ein Stück Revolution in Asien"

Zur Laos-Konferenz in Genf

Von Erwin Erasmus Koch

Die Genfer Laos-Konferenz, an der auf der einen Seite die USA federführend teilnehmen, auf der anderen die "Volksdemokratie" China und die Sowjetunion sich in der Führung teilen, ist der Versuch, die Risse im "weichen Unterleib Asiens" wieder herzustellen. Verwirrende und häufig sich widersprechende Nachrichten über den Verlauf der Kämpfe in Laos haben dazu geführt, dass die Hintergründe und Ursachen des Laos-Konfliktes häufig verschleiert blieben. Der nachfolgende Artikel unseres Mitarbeiters Erwin Erasmus Koch bietet Einblick in die Zusammenhänge im Hintergrund der gegenwärtigen Auseinandersetzungen, die im Wesentlichen als ein "Stück Revolution in Asien" betrachtet werden müssen.

Die Redaktion

"Man kann sich von seiner Misser nicht ein Stück abschneiden, damit sie in die Stiefel passe[n]!" Damit kennzeichnete Mao Tse-tung in seiner "Strategie des revolutionären Krieges" das ideologische und "de facto"-Verhältnis des Staates zwischen Juan Jen-Min Kung Ho-kwo", der Volksrepublik China, zur UdSSR. Chinas Ansicht hat sich während der letzten fünfundzwanzig Jahre nicht geändert. Es geht nicht nur im indischen Grenzraum, in den Territorien der Südhänge des Himalayas, sondern auch quer durch Hinterindien eigene Wege, mitten durch das vergangene Reich des Kaisers von Annan. Deshalb Königtumer zählten vor wenig mehr als einem Jahrhundert noch zu den Außenprovinzen des "Staates der Geltenden Erde", des Imperiums der Söhne des Himmels. Chruschtschows zweispältige Empfindungen ob der reichlich bekräfteten chinesischen Eigenwilligkeiten erscheinen verständlich. Einmal will er seine Prinzipien der mehr oder weniger friedlichen Koexistenz zwischen West und Ost gewahrt wissen. Und zum anderen drängt es ihn zweifellos, der Öffnung eines Vertils für den explosiven Bevölkerungsdruck Chinas zuzustimmen, weil auch ihm das Hand näher ist als der Rock.

Chruschtschow möchte sich die Chinesen möglichst weit vom Leibe halten. Sie sind es, wenn sie sich mit Burma, Laos, Kambodja, Thailand und Südvietnam beschäftigen, statt etwa auf die Erfüllung von Lenins Manifest an den Osten zu pochen, was bedeuten würde, dass die sozialistischen Sowjetrepubliken im Sinn des neuen Reichs der Mütte heimkehren müssten. Daraufhin hatte Lenin feierlich den Vorsicht vor alle zaristischen Ersterungen im Fernen Osten sekundet.

Zu jeder Stunde jeden Tages nimmt nun die Volksrepublik China um zweitausend Menschen an explosiver Masse zu. Die Zahl kommunistischer Chinesen dürfte am Ende dieses Jahrtausends weit eine Milliarde übersteigen, und die dünn besiedelten, an Rohstoffen reichen, im Potential ihrer Agrarproduktion keineswegs ausgenutzten Räume des Südostens könnten hunderte Millionen aufnehmen. Sie stellen ein nichtpolitisches Vakuum dar. Denn die Vereinigten Staaten von Amerika würden es trotz aller SEATO-Verpflichtungen wegen Hinterindien schwerlich zum dritten Weltkrieg kommen lassen. Das kommunistische China hat seine Chancen natürlich erfasst.

"Revolutionen verlaufen nicht auf geraden Wegen", dozierte Mao-Tse-tung seinen Guerilla-Armeeführern. Seine Feststellung galt zweifellos auch der Indochina-Konferenz von 1954. Damals war die "Union Indo-chinoise" nach dem französischen Fiasko bei Dien Bien Phu endgültig zu Grabe getragen und Vietnam geteilt worden. In den kommunistischen und "weißen" Staat, während Kambodja und Laos "unabhängige Königreiche" blieben sollten. Ihre Unabhängigkeit stand jedoch von Anbeginn auf äußerst schwachen Füßen. Sie lagten und liegen mitten im Kraftfeld Hinterindiens, zwischen den Polen Chinas und des Westens. Dazu kam, dass Südvietnam alles andere denn ein Bollwerk gegen das Expansionsstreben des chinesischen und daher in jedem Falle militärischen Kommunismus sein konnte. Maos Verheissungen an die unsagbar armeligen Pächter und Kulis hatten sich immer als aussergewöhnlich zugkräftig erwiesen. Nordvietnam wurde eine Basis für die kampferfahrenen Guerillas Tsetungs, für die Avantgarde seiner kommunistischen Revolution, deren erklärtes Ziel ein "letzter furchtbarer, gerechter Krieg zur Rettung der Menschheit" ist. Die Guerilla-Taktik blieb seit Jahrzehnten die gleiche, seit den vergleichlichen "Vernichtungsschlachten" Tschiang-Kai-scheks und dem "Langen Marsch" der letzten zwanzigtausend Kommunisten nach Nordenkorea vor fast fünfundzwanzig Jahren. "Haltet den Feind in Atem! Sackert in seine Stellungen und Bason! Lockt ihn in die Tiefe des Raums! Schlägt zu, wenn er ermattet!" Die alten Kampfregeln Mao Tse-tungs erwiesen sich auch in Laos erfolgreich.

Ein anderer Leitsatz Maos lautete: "Siegt im letzten Gefecht!" Die kommunistischen Guerillas sind bestrebt, es über den vor Anbeginn fragwürdigen Waffenstillstand am Mekong und über die Genfer Laos-Konferenz hinaus zu gewinnen. Wann gibt es überhaupt ein "letztes Gefecht"?

Die Guerilla-Taktik vermiedet so lange wie möglich den offenen Kampf. Sie breitet sich seit einiger Monaten verstärkt in neuem Teil Südvietnams aus, der früher Cochinchina hieß. Die Missionare Mao Tse-tungs sorgen mit Maschinengewehren und Handgranaten dafür, dass ihr Evangelium unter den Bewohnern der Dschungeldörfer bekannt wird, deren Wege auch nach Kambodja hinüberführen. Sie streuen Schrecken aus, aber sie verheißen auch das kommende "Ta Tung", den Himmel auf Erden der Kommunisten. Offenbar wächst die Zahl ihrer heimlichen Anhänger, wie es noch immer vor den grossen Schlachten und Kriegen im Laufe der kommunistischen Revolution in Asien gewesen war. Mehr und mehr Guerillas sickern von Haiphong, der Basis in Nordvietnam, nach Süden ein. Tag und Tag erhöhen sich die Terrorkampagnen.

Darüber kann man in Genf nicht beraten. Falls überhaupt ein befriedendes Ergebnis für Laos zustande kommt, zeichnet sich gleich der vermutlich nächste Brandherd ab. Der Guerilla-Krieg muss sich nicht an Konferenzbeschlüsse halten. Wie gesagt, "die Revolution verläuft nicht auf geraden Wegen".

+ + +

- 4 -

"Mangel an Nationalbewußtsein"

Professor Erhard in Lissabon

sp - Herr Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard ist jetzt in Lissabon. Zahlreiche Empfänger und Reden deuten darauf hin, daß sich Herr Prof. Erhard in guter Gesellschaft zu befinden meint. Was politisch zu seinem Aufenthalt in Spanien und Portugal zu sagen ist, hat der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Helmut Kalbitz er bereits zum Ausdruck gebracht. Aber seit den Äußerungen Kalbitzers hat sich noch einiges ereignet, das uns veranlaßt, noch einmal die etwas merkwürdige Mission des Herrn Prof. Erhard in das rechte Licht zu setzen. Fast zur selben Stunde, da der Bundeswirtschaftsminister in Lissabon eintraf, haben die Führer der portugiesischen Opposition der Weltöffentlichkeit ihre Forderungen zur Demokratisierung Portugals unterbreitet. Wenige Stunden später bezeichnete die Regierung Salazar diesen selbstverständlichen Akt der Auflehnung gegen ein autoritäres Regime als "Mangel an Nationalbewußtsein". Herr Salazar und seine politischen Freunde meiner, die Opposition sollte gerade jetzt ruhig sein (sie mußte schon immer ruhig sein!), um die "nationale Gemeinschaft des portugiesischen Volkes im Kampf um seine afrikanischen Besitzungen" nicht zu stören. - Wir empfehlen Herrn Prof. Erhard, sein neustes Gesicht zu machen, wenn er, der Repräsentant eines demokratischen Staates, in Lissabon möglicherweise Orden erhält und verteilt. "Nicht sehen und nicht hören" - das sollte Erhardts Parcels sein, dann gewisse Anzeichen sprachen dafür, daß der Bundeswirtschaftsminister von der bundesrepublikanischen Diplomatie in ein Abenteuer geschickt wurde, bei dem kein demokratischer Ruhm zu erwarten ist. Aber vielleicht hat man Herrn Erhard gerade deswegen jetzt nach Lissabon geschickt, um in Bonn manchen Leuten Gelegenheit zu geben, wieder einmal sagen zu können, "Der Bundeswirtschaftsminister versteht nichts von Politik..."

+ + +

Da kann doch etwas nicht stimmen

Urteile ...

W.R. Eine große deutsche Tagessitzung brachte dieser Tage ein beeindruckendes Gerichtsurteil, das in einer politischen Mordprozeß gesprochen wurde. Daneben war der Strafantrag des Staatsanwalts in einem Bestechungsprozeß veröffentlicht worden. - Im Tübinger Mordprozeß waren die beiden ehemaligen Kriminalsekretäre und Gestapoangehörigen Richard Wiechert und Bruno Schulz verurteilt worden. Wiechert wurde wegen Beihilfe zum gemeinschaftlichen Morde in 716 (sic heruntergeschlagen!) Fällen schuldig befunden. Schulz wurde die Beihilfe zu 25 gemeinschaftlichen Morde in 394 (dreihundertvierundneunzig!) Fällen zur Last gelegt. Ihre vorgesetzten Mordkomplizen Böhme und Heß-Latz erhielten vor einiger Zeit wegen der Ermordung von 5000 (fünftausend!) "Juden und Kommunisten" 15 Jahre Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte für Wiechert und Schulz vier Jahre Zuchthaus gefordert. Das Gericht schloß sich dem Antrag an. Der Richter stellte sich auf der Standpunkt, daß die Angeklagten nicht als "Täter", sondern als "Gehilfen" zu bestrafen seien. - Keinen dieser Mitteilung befindet sich der Strafantrag des Staatsanwalts im Prozeß des früheren Ministerialdirektors Kundi. Hier wurde folgender Strafantrag gestellt: Vierzehn Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust, eine Geldstrafe von 700 DM und der Einzug von 65 000 DM. - Wohlgerichtet, wir möchten nicht darüber plädieren, daß der Amstiborach eines hohen Beamten geringer zu bestrafen sei. Ein Urteil aber, das vier Jahre Zuchthaus für die Mordkomplizen Wiechert und Schulz verbündet, kann keine Sühne für die Ermordung hunderttausender Menschen sein.

+ + +

Zind in Rundfunk Kairo

M.v.J. - Es liegt erst eine Woche zurück, da tauschte der Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten, Dr. Mohammad Abdel Khalek Hassouna, einen herzlichen Handdruck mit Bundespräsident Dr. Theodor Heuss und führte mit Regierungsvortern in Bonn längere Gespräche, um die Schatten zu beseitigen, die seit einiger Zeit über das deutsch-arabischen Verhältnis liegen.

Der im Abschlussempfang veröffentlichte Absatz über "das beiderseitige Einverständnis und den Wunsch zur Verbesserung der Beziehungen" dürfte jedoch mehr von Protokoll-Routine als von tatsächlicher Übereinstimmung diktiert gewesen sein. Oder aber die Bonner Politiker versäumten es, den Keikeisten Punkt der Frage überhaupt anzuschneiden, dass Bonn zum Staat Israel nämlich eine andere Einstellung hat als die arabischen Nationalisten. Anderes lässt es sich kaum erklären, wenn jetzt Radio Kairo Pankraz Ludwig Zind, den aus Offenburg (Baden) geflohenen antisemitischen Studienrat, dessen Auslieferungsantrag an die Bundesrepublik von Italien kürzlich verworfen wurde, für eine Vortragsreihe vorpflichtete.

Diese Haltung der Kairoer Ätherpropagandisten ist gerade nach dem Besuch Hassounas in Bonn mehr als taktlos. Bleibt nur die Frage, ob dem Generalsekretär der Arabischen Liga bei seinem Aufenthalt in der Bundesrepublik wirklich der Gedanke gekommen sein kann, Zind vertrete noch immer das Ideengut der Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik.

Es wäre jetzt eine dankenswerte Aufgabe für die Bonner Diplomaten am Nil, den verantwortlichen Männern der Vereinigten Arabischen Republik in einer Freundschaft, aber auch mit aller Deutlichkeit klar zu machen, dass Zind nicht für Deutschland spricht, sondern ein Auseinandersteiter ist. Kommt es jedoch tatsächlich zu der Zind-Vortragsreihe im Rundfunk Kairo, so wäre das einer diplomatischen Schlappe par excellence gleichzusetzen.

Die Vertreter der Bundesrepublik in den arabischen Staaten sollten zweifellos die traditionelle deutsch-arabische Freundschaft zu fördern suchen, aber nicht auf dem Rücken falscher Vorstellungen vom deutscher Verhältnis zu Israel.

Unfälle häufigste Todesursache

Von Bruno Kuster, Genf

Unfälle aller Art erfordern unter den Jugendlichen alljährlich mehr Opfer als viele der blutigen Kriege in der Geschichte der Menschheit, erklärte Dr. W.G. Candau, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, anlässlich des "Welt-Gesundheitstages", der dieses Jahr unter dem Motto stand: Unfälle sind keine Zufälle. Sicht man von Krebs und Herzkrankheiten ab, sind die Unfälle zur häufigsten Todesursache geworden. Das zeugt nicht nur von einer erschreckenden Zunahme der Unfälle, sondern auch - seien wir objektiv - von einer Abnahme der tödlich verlaufenden Krankheiten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Erfolge der Medizin in der Krankheitsbekämpfung durch die steigenden Unfallzahlen mehr als aufgewogen werden. Die Bekämpfung der Unfälle ist deshalb zur dringlichsten Aufgabe der vorbeugenden Medizin geworden. "Wir sehen uns einer der größten Geisseln der Menschheit gegenübergestellt. Doch haben wir in diesem Zeitalter des wissenschaftlichen Fortschrittes noch kaum begonnen, gegen diese Gefahr zu handeln".

Über die Blutopfer, die der Verkehr fordert, wird sehr ausgißig gesprochen. Weniger bekannt ist aber, daß nur ein Beispiel zu nennen, in der Bundesrepublik Deutschland die Unfälle auf dem Weg zur und von der Arbeit wesentlich häufiger sind, als die eigentlichen Arbeitsunfälle. Erhebungen in neun Industrielandern ergaben andererseits, daß wegen durch Unfälle hervorgerufener, vorübergehender Arbeitsunfähigkeit fünfmal mehr Arbeitstage verloren gingen als durch Streiks. In allgemeinen nimmt man an, daß allein die Arbeitsunfälle die gesamte Leistung eines Landes um ein bis zwei Prozent herabmindern. Wieviel allein schon durch systematische Aufklärungskampagnen erreicht werden kann, zeigt das Beispiel einer japanischen Werft, die während sechs Jahren 35 Millionen Yen für ihren "Sicherheitsfeldzug" aufwendete: die Zahl der tödlichen Unfälle sank auf die Hälfte, die gesamte Unfallzahl auf ein Fünftel, 160 000 Arbeitstage wurden gewonnen, die direkten und indirekten Sachschäden sanken um 400 Millionen Yen, während gleichzeitig die Produktion um ein Drittel gesteigert und die Löhne erhöht werden konnten. Insgesamt brachte die Unfallverhütungskampagne der Firma 630 Millionen Yen ein!

Gefährlicher als Straße und Fabrik ist jedoch - die Wohnung. Breiteten sich im Jahre 1959 in den USA drei Millionen Verkehrs- und Arbeitsunfälle, war das traurige Heim Schauplatz von vier Millionen Unfällen: Stürze, Vergiftungen, Verbrennungen, elektrische Schläge. Obwohl auch ältere Personen den Gefahren der Wohnung einen schweren Tribut entrichten, gehören natürlich die Kinder zu den häufigsten Opfern. Und die wichtigste Unfallursache ist die Gedankenlosigkeit der Erwachsenen. Eine New Yorker Antestelle konnte beweisen, daß in 93 Prozent der Vergiftungsfälle, denen Kinder zum Opfer fielen, Erwachsene in der Wohnung zugegen waren! Medikamente, Fleckenwasser, Bodenwichse usw. sind an Orten aufzubewahren, wo sie für Kleinkinder unerreichbar sind. Kindestens so gefährlich wie Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit ist aber auch die Mutter, die Kinder überhaupt nicht mit Gefahren in Berührung kommen zu lassen. Den Kindern muß, entsprechend ihrem Entwicklungsgrad, der Umgang mit gefährlichen Gegenständen und das Verhalten in gefährlichen Lagen bewußt gelehrt werden. Aber vor allem ist nötig, daß den Erwachsenen, angehenden Müttern und Vätern, zum Bewußtsein gebracht wird, daß Unfälle keine Zufälle sind und meistens zu vermeiden wären, wenn...

+ + + + +
Verantwortlich: Günter Mark Scheffel